

position

DGB

Acht Eckpunkte für eine soziale und ökologische Industrie- und Dienstleistungspolitik in Niedersachsen

Impressum

Ausschuss für Umweltfragen beim
DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Otto-Brenner-Str. 7
30159 Hannover
<http://www.niedersachsen.dgb.de>

Verantwortlich: Bernd Lange und Patrick Schreiner, Abteilung Wirtschaft, Umwelt, Europa
beim DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Stand: 14.04.2010

Acht Eckpunkte für eine soziale und ökologische Industrie- und Dienstleistungspolitik in Niedersachsen

Es ist klar:

- Der Klimawandel schreitet voran.
- Die Rohstoffe unseres Planeten sind begrenzt.
- Unsere Ökosysteme sind nicht weiter belastbar.
- Die Binnennachfrage stagniert.
- Die heutige Wertschöpfung führt nicht zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen vor Ort.

Wir können also nicht so weiter wirtschaften wie bisher. Die traditionelle Industriegesellschaft muss dringend erneuert werden. Ein effizienterer und sparsamerer Umgang mit Energie und Rohstoffen, die Orientierung auf eine kohlenstoffarme Ökonomie und auf eine Wirtschaft, die trotz ihrer Orientierung auf Gewinne Gute Arbeit schafft und Arbeitsplätze zukunftstauglich macht – all dies muss Leitschnur in der Politik werden, auch in Niedersachsen.

Für unser Land verbinden sich mit neuen Technologien und Märkten enorme Chancen. Energieeffizienz, Umwelttechnologien, ressourceneffiziente Technologien, Recycling und nachhaltige Mobilitätskonzepte sind zukunftsgerichtete Bereiche. Nachhaltig ausgerichtete Industrie ist ein dynamischer, schnell wachsender Bereich mit erheblichen Beschäftigungsmöglichkeiten. Wer die aktuelle Krise überwinden will, muss Nachhaltigkeit in das Zentrum rücken. Andernfalls droht dieser derzeit noch wachsende Industriezweig seine Position zu verlieren, zukünftige Chancen werden verspielt. Laissez-faire darf nicht das Rezept für die Zukunft sein.

Es geht aber nicht nur darum, mit intelligenten Produkten auf den Märkten der Zukunft präsent zu sein. Wir müssen auch die eigenen Produktionsstrukturen neu ausrichten. Klar ist, dass „grüner“ technologischer Fortschritt nur die eine Seite der Medaille darstellt. Er muss auf der anderen Seite auch zu einer unmittelbaren Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in Niedersachsen beitragen. Die Binnennachfrage und die regionale Entwicklung müssen ebenso im Fokus stehen. „Grüne“ Arbeitsplätze als solche sind noch keine guten Arbeitsplätze. Ihr Alleinstellungsmerkmal bekommen sie erst dadurch, dass sie gut bezahlt, zukunftsfähig und mitbestimmt sind sowie die Gesundheit stärken.

Zukunftsfähigkeit ist nur dann gegeben, wenn soziale Gerechtigkeit, Gesundheit, Umweltverträglichkeit und eine leistungsfähige Wirtschaft miteinander verbunden sind. Voraussetzung dafür ist, dass der Staat die notwendigen Rahmenbedingungen setzt und deren

Einhaltung überwacht. Dabei müssen die erforderlichen Instrumente und Regeln so gestaltet sein, dass Gute Arbeit sowie die zukunftsfähige Produktion nachhaltiger Produkte gefördert, ökonomisch belohnt und nicht bestraft werden. Klar ist auch, dass staatliches Handeln in einem Bundesland begrenzt ist und die Mittel knapp sind. Deshalb gilt es, in den für das Land Niedersachsen zentralen Feldern Schwerpunkte zu setzen.

Niedersachsen muss die Verantwortung wahrnehmen und in acht Punkten handeln. Niedersachsen muss aktiv werden für:

1. Gute Arbeit
2. Ein nachhaltiges Mobilitätssystem
3. Energieeffiziente Häuser und Wohnungen
4. Haushaltsgeräte, die sparsam und intelligent mit Strom umgehen
5. Energietechnologien ohne klimafeindliches Treibhausgas und gefährliche Altlasten
6. Eine Effizienzrevolution in der Produktion
7. Eine Neuorientierung bei den Dienstleistungen
8. Eine Stärkung der Umweltverwaltung zur Beratung, Kontrolle und Umweltüberwachung

1) Wir brauchen Gute Arbeit.

„Gute Arbeit für gute Umwelt“ und nicht „Arbeit um jeden Preis“ muss zum Leitmotiv werden. Die Lohnpolitik muss die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivitätsfortschritt teilhaben lassen. In einer nachhaltigen Gesellschaft spielt zudem die Partizipation von Beschäftigten eine große Rolle – aus Betroffenen werden Beteiligte. Gute Arbeit bedeutet zudem ein hohes Maß an Selbstbestimmung über die eigene Gesundheit – letztere verstanden als Zustand eines völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen die Möglichkeit haben, ihre Kompetenzen und Fähigkeiten einzusetzen, ihre Talente zu entwickeln und auszubauen. Auf der anderen Seite müssen sie durch Aus-, Fort- und Weiterbildung in die Lage versetzt werden, in neuen, „grünen“ Berufsfeldern Fuß zu fassen, mit technologischen Veränderungen Schritt zu halten und diese gleichzeitig forcieren zu können. Dies erfordert erhebliche Investitionen im Forschungs-, Bildungs- und Berufsbildungsbereich. Hier ist das Land gefordert.

Dafür ist eine Stärkung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihrer Gewerkschaften bei der Gestaltung der notwendigen ordnungspolitischen Maßnahmen bis hin zur Umsetzung im Betrieb notwendig. Informations- und Beteiligungsrechte der Beschäftigten, aber auch gelebte Umwelt- und Gesundheitspolitik sind in vielen Unternehmen noch deutlich verbesserungsbedürftig. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass zukunftsorientierte Unternehmen, die durch erhebliche öffentliche Anstrengungen gute Startbedingungen bekommen haben, keine betriebliche Mitbestimmung praktizieren. Hier muss die Landesregierung klare Anforderungen stellen. Öffentliche Förderung muss an Tariflohn und Mitbestimmung geknüpft sein.

2) Wir brauchen ein nachhaltiges Mobilitätssystem.

Die Automobilindustrie ist die wichtigste Industriebranche in Niedersachsen. Mit etwa 109.000 Beschäftigten ist sie der größte industrielle Arbeitgeber. Nimmt man die Zuliefererindustrie hinzu, hängen mehr als 30 Prozent aller Industriearbeitsplätze in Niedersachsen direkt von der Kraftfahrzeugherstellung ab. Die indirekten Effekte im Dienstleistungsbereich kommen hinzu, von der Logistik über Finanzdienstleistungen bis hin zum Tourismus. Im Jahr 2008 erzielte die niedersächsische Automobilindustrie fast 71 Mrd. € Umsatz und damit fast 39 Prozent aller Industrieumsätze. Die Exportquote lag mit 55 Prozent deutlich über dem Durchschnitt des niedersächsischen Produzierenden Gewerbes von 44 Prozent. Auch im bundesweiten Vergleich zeigt sich die besondere Bedeutung der niedersächsischen Automobilindustrie. Sie stellt 14 Prozent der Beschäftigten, 21 Prozent des Umsatzes und 19 Prozent des Auslandsumsatzes.

Aber wir brauchen Autos, die mit deutlich weniger Sprit auskommen. Wir müssen darauf hinwirken, dass die niedersächsische Mobilitätswirtschaft zukunftsfähig und wettbewerbsfähig entwickelt wird. Dazu brauchen wir einen integrierten Ansatz zur Verringerung der Schadstoffe und Kohlendioxidemissionen, eine Stärkung energieeffizienter Antriebe wie die Elektromobilität, eine integrierte Produktpolitik, zukunftsweisende elektronische Standards, eine verbesserte Verknüpfung der Verkehrsträger, ein tragfähiges Mobilitätsmanagement sowie eine entsprechende Infrastruktur.

Von besonderer Bedeutung sind moderne Antriebstechnologien. So kann ein Elektroauto in Kombination mit erneuerbaren Energien (EE) beinahe zum Nullemissionsfahrzeug werden. Die beiden Technologien gehören zusammen, zumal die Batterien von Elektrofahrzeugen als Pufferspeicher für die schwankenden Energieeinträge aus Wind- und Solarkraftwerken dienen können. E-Mobilität wird allerdings vielfältige Veränderungen der Produktion und Zuliefererketten mit sich bringen. Hier sind die Anstrengungen für eine zukunftsgerechte Entwicklung von Arbeitsplätzen in Niedersachsen zu bündeln, ein Runder Tisch „Mobilitätswirtschaft“ ist einzurichten, Modellprojekte sind zu entwickeln und zügig umzusetzen.

Zu einem integrierten Verkehrssystem gehören auch ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und effektive Güter- und Transportsysteme per Schiff und Bahn. Bus- und Schienenverkehr stellen in Städten ebenso wie im ländlichen Raum wertvolle Alternativen zum automobilen Individualverkehr dar: Sie entlasten den Straßenverkehr, reduzieren die Emission von klimaschädlichen Gasen und stellen für bedeutende soziale Gruppen (etwa Kinder und Ältere) oft die einzigen Möglichkeiten dar, mobil zu sein. Der ÖPNV ist sozial gerecht und beschäftigtenfreundlich auszugestalten. Bei der Vergabe von Genehmigungen im ÖPNV sind seitens der öffentlichen Hand Qualitätsstandards vorzugeben, die insbesondere auch soziale Standards inklusive Tarifbindung beinhalten und innovative Nutzungskonzepte aufgreifen.

Forschung und Entwicklung für energieeffiziente Systeme und Techniken zum Personen- und Gütertransport per Straße, Schiene und Schiff sind zu fördern und unter anderem Lärm mindernde Potenziale beim Straßen- und Schienentransport in innovative Industrieprodukte und Bautechniken umzusetzen.

3) Wir brauchen energieeffiziente Häuser und Wohnungen.

Das nachhaltige Haus der Zukunft muss im besten Fall weitgehend ohne Fremdenergie auskommen. Intelligent gebaut, optimal gedämmt und technologisch auf dem neuesten Stand erzeugen ökologisch konzipierte Häuser ihre eigene Energie, sind wohnlich und warm. Das von DGB und seinen Gewerkschaften maßgeblich mit initiierte CO²-Gebäudesanierungsprogramm sollte als eines der erfolgreichsten Programme auf einem höheren Niveau verstetigt und auf die regionale Ebene ausgeweitet werden. In 2006 konnten durch das KfW-CO²-

Gebäudesanierungsprogramm bereits rund 300.000 Wohnungen saniert werden, dabei wurden 200.000 Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Damit wir nicht noch Jahrzehnte auf eine vollständige Sanierung des Wohnungsbestandes warten müssen, fordert der DGB eine deutliche Erhöhung der Mittel auf Bundesebene. In den über zwei Mio. niedersächsischen Wohngebäuden werden etwa 30 Prozent der gesamten Endenergie verbraucht. Davon werden rund 85 Prozent zur Erzeugung von Raumwärme und Warmwasser benötigt. Dreiviertel der Wohngebäude sind vor der ersten Wärmeschutzverordnung von 1978 gebaut. Durch eine qualifizierte Gebäudesanierung kann der Primärenergiebedarf um bis zu 80 Prozent gesenkt werden. Umgehend sollte eine Landesinitiative „Altbausanierung und Verwendung erneuerbare Wärmeenergie“ eingerichtet werden, um hinreichend über Sanierung zu informieren und Maßnahmen zu koordinieren. Außerdem sind entsprechende Anreize und Fördermaßnahmen auf Landesebene zu entwickeln. Öffentliche Liegenschaften sind umgehend zu sanieren.

Wohnraum in Niedersachsen muss bezahlbar und altersgerecht sein. Um dies zu gewährleisten, ist neben der Sanierung von bestehendem auch die Schaffung von neuem Wohnraum notwendig. Der faktische Ausstieg des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau ist fahrlässig und umgehend rückgängig zu machen. Neben den Kommunen hat gerade auch die niedersächsische Landesregierung in hohem Maße eine Mitverantwortung dafür, dass in den niedersächsischen Städten und Gemeinden ausreichend bezahlbarer, altersgerechter und ökologisch optimierter Wohnraum zur Verfügung steht.

4) Wir brauchen Haushaltsgeräte, die sparsam und intelligent mit Strom umgehen.

Elektrische und elektronische Geräte verbrauchen mitunter selbst dann Strom, wenn sie ausgeschaltet sind. Hier sind technologische Innovationen notwendig, um den Strom- und Ressourcenverbrauch dieser Geräte generell zu senken. Computer und Waschmaschinen sollten so effizient wie möglich sein. Die Entwicklung ist weiter voranzutreiben und durch öffentliche Beschaffung zu fördern. Effiziente Geräte (z.B. Computer oder Weiße Ware) werden auch in Niedersachsen hergestellt und sollten hier besondere Berücksichtigung finden. Innovative Maßnahmen beim Umstieg, wie z.B. ein E-Geräte-Contracting oder Effizienzprämien, sind auf Landesebene zu entwickeln. Intelligente Zähl- und Messsysteme unterstützen das Energiesparen, weil sie zeitgenau den Verbrauch anzeigen und abrechnen.

Intelligente Stromzähler unterstützen ein nachhaltiges Energiesystem. Öffentliche Liegenschaften sollten eine Modellfunktion erfüllen.

5) Wir brauchen Energietechnologien, die wenig oder gar kein klimafeindliches Treibhausgas in die Atmosphäre blasen und uns keine gefährlichen Altlasten hinterlassen.

In Niedersachsen stammen bereits heute etwa 22 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien. Mit einem Anteil von rund 25 Prozent der bundesweit installierten Windleistung ist das Land Spitzenreiter. Führend ist Niedersachsen auch bei der Nutzung von Bioenergie mit rund 37 Prozent der bundesweit errichteten Kapazität. Es gibt zahlreiche EE-Forschungseinrichtungen, ansässig sind zudem einige große Unternehmen aus der Windenergiebranche. Bei den Beschäftigtenzahlen spielt die Photovoltaik-Branche bisher noch eine eher geringe Rolle. Insgesamt ist die regenerative Stromerzeugung in Niedersachsen aber relativ gut vertreten. Allerdings ist das Gesamt-Rating für Niedersachsen nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) trotz der guten Potentiale bescheiden. Defizite bei der Nutzung Erneuerbarer Energien und beim technologischen Wandel lassen sich durch Hemmnisse bei der Genehmigung und Planung von EE-Anlagen, mangelndem politischen Engagement für die EE-Branche und dem Fehlen eines ambitionierten und differenzierten Energieprogramms mit entsprechenden Zielfestlegungen für die einzelnen Technologien erklären.

Die Landesregierung nimmt nicht entschlossen Kurs auf Erneuerbare Energien und spricht sich sogar noch für eine Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken aus. Dies ist fahrlässig, da durch längere Restlaufzeiten

a) der finanzielle Druck auf eine Umrüstung klimaschädlicher Kraftwerke bzw. deren Ersatz durch EE-Techniken abnimmt,

b) durch die zunehmende Atommüllmenge ungeklärte Kosten und vor allem Strahlenexpositionen im Zuge der ungeklärten Entsorgungsfragen die Umwelt und nachfolgende Generationen belasten. Hier wird der Nachhaltigkeitsanspruch, die Bedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen, ohne die Fähigkeit zukünftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen, nicht Mindestens erfüllt.

Auf der anderen Seite werden durch die verlängerten Restlaufzeiten insbesondere kommunale Stadtwerke mit deren Integration in der Region auch hinsichtlich ihrer Angebote für die Bürgerinnen und Bürger im ÖPNV und Gesundheitsbereich (Schwimmbad, Sauna) finanziell unter Druck geraten, was wiederum entscheidenden Einfluss auf die Gesundheit, Partizipation und Mobilität insbesondere der älteren Bürgerinnen, Bürger und Beschäftigte hat.

Dezentrale Energieversorgung ist ein wichtiges Moment zukünftiger Energieinfrastruktur. Zur Infrastruktur einer nachhaltigen Ökonomie gehört u. a. ein robustes intelligentes Stromnetz, das aus Erneuerbaren Energien erzeugten Strom aufnehmen und verteilen kann. Auch muss die Netzinfrastruktur für die sich wandelnden Anforderungen anpassungsfähiger werden. Die öffentliche Hand muss Sorge dafür tragen, dass adäquate und leistungsfähige Stromnetze bereit stehen, die auch eine dezentrale und ökologische Stromgewinnung netzstabil gewährleisten. Eine eigentumsrechtliche Entflechtung wäre hierbei kontraproduktiv. An der Finanzierung der Netze sind die Energiekonzerne angemessen zu beteiligen, ungerechtfertigte Monopolprofite sind zu verhindern.

Auf absehbare Zeit werden Niedersachsen und Deutschland auf Kohle- und Gaskraftwerke nicht verzichten können. Dabei ist der Bedarf im Rahmen nationaler Energiestrategien zu ermitteln. Ein Energiemix mit alten Kraftwerken wäre bei deren Umsetzung allerdings ökologisch kontraproduktiv. Wir brauchen neue Kohle- und Gaskraftwerke, die hocheffizient arbeiten und mit Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung versehen sind. Wenn die CCS-Technologie entlang der gesamten Prozesskette sicher und ökonomisch vertretbar einsatzfähig ist, muss CO² abgeschieden und gespeichert werden. Die niedersächsische Landesregierung muss sehr viel stärker als bisher Fragen des technologischen Fortschritts und der Effizienz bei der Nutzung fossiler Energieträger in den Mittelpunkt ihrer Forschungs- wie auch ihrer Energiepolitik rücken. Hierin liegen nicht zuletzt auch umfassende Beschäftigungschancen.

6) Wir brauchen eine Effizienzrevolution in der Produktion.

Material- und Energiekosten sind für die Leistungsfähigkeit der Unternehmen inzwischen von größerer Bedeutung als die Lohnkosten. Im verarbeitenden Gewerbe liegt der Lohnkostenanteil unter 20 Prozent, der Ressourcenanteil bei 40 Prozent. Die Arbeitsproduktivität stieg seit 1960 um fast 300 Prozent, die Ressourcenproduktivität nur um 150 Prozent. Zur Steigerung der Ressourceneffizienz braucht es neue Kooperationsformen zwischen Politik,

Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft. Strategien zur Verbreitung von Ressourcen-effizienzansätzen gerade in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) müssen entwickelt werden. Dazu gehören Beratungsangebote, die Gründung von Netzwerken und die Vermittlung von Best-Practice-Beispielen. Niedersachsen muss die europäische Ressourcen-Strategie mitgestalten und für unser Bundesland konkretisieren. Unternehmen, die in Selbstverpflichtung ein Ressourcenproduktivitätsziel anstreben, müssen gefördert werden. Effizienzmodelle wie der Top-Runner-Ansatz müssen auf ihre Praxistauglichkeit überprüft werden. Für ausgewählte Stoffströme in besonders relevanten niedersächsischen Branchen könnten konkrete Lösungsmöglichkeiten exemplarisch entwickelt werden.

Die Maßnahmen in den Konjunkturpaketen I und II zur Steigerung der Energieeffizienz fallen deutlich hinter die übrigen Maßnahmenpakete zurück. Vor dem Hintergrund der klimapolitischen Notwendigkeit, Energie und Rohstoffe zu sparen sowie Ressourcen effizient einzusetzen, wird damit ein strategisch wichtiges Feld konjunkturpolitisch unterbelichtet, anstatt es zu stärken. Durch verstärkte Anstrengungen im Bereich der Energieeffizienz wäre laut Institut für Energie- und Umweltforschung eine Nettomehrbeschäftigung von mindestens 260.000 Beschäftigten in Deutschland möglich. Gerade für KMU und Handwerksbetriebe sollen besonders geeignete Systeme und Ansätze, z.B. über die „Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit“, bekannter gemacht und verbreitet werden. Kommunale Initiativen wie „Ökoprofit“ sind zu fördern. Die Arbeit der 6. Regierungskommission ist zu verstärken und in Regierungshandeln umzusetzen.

7) Wir brauchen eine Neuorientierung bei den Dienstleistungen.

Die Energie- und Wasserwirtschaft, die Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft sowie der öffentliche Personennah- und Güterverkehr sind Bereiche, in denen das Zusammenspiel von Umwelt- und Dienstleistungssektor besonders eng ist. Für den zukünftigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen sind sie von besonderer Bedeutung. Der Stellenwert von Umweltdienstleistungen wird in Zukunft noch zunehmen. So werden die industriebezogenen Umwelttechnik-Dienstleistungen wachsen. Diese Dienstleistungen werden im Vorfeld der Produktion, produktionsbezogen zur Herstellung von Produkten sowie produktbezogen nach Fertigstellung des Endprodukts erbracht. Beispielsweise fördern Entwicklungsdienstleister die Generierung von Produkt- und Prozessinnovationen, Logistiker ermöglichen die Produktion durch Bereitstellung der Vorprodukte und Monteure führen die Wartung am Endprodukt aus.

Hier gilt es deutliche Impulse für eine ökologische Neuorientierung zu setzen. Aber auch darüber hinaus müssen alle Dienstleistungsbereiche, insbesondere natürlich die unternehmensnahen, in das Konzept einer sozialen und ökologischen Industriepolitik einbezogen werden. Die Verpflichtung zu EMAS (Eco Management and Audit Scheme) sollte zum Grundstandard gehören, das Land sollte diese Entwicklung durch Bonussysteme fördern.

8) Wir brauchen eine Stärkung der Arbeitsschutz- und Umweltverwaltung zur Beratung, Kontrolle und Überwachung des Arbeits- und Umweltschutzes.

Das Personal in der niedersächsischen Arbeitsschutz- und Umweltverwaltung ist in den vergangenen Jahren in hohem Maße reduziert worden. Das Niedersächsische Landesamt für Ökologie und die vier Bezirksregierungen wurden aufgelöst. Versetzungen und Neueinstellungen im Zuge dieser Neustrukturierung führten dazu, dass Fachwissen und gewachsene Netzwerke umweltbehördlicher Kompetenzen verloren gehen. Angesichts der durch das Europarecht der 1990er Jahre und seine nationale Umsetzung erheblich gestiegenen Anforderungen und neuen Aufgaben erscheint der Personalabbau besonders negativ. Als Folge bleibt der niedersächsischen Arbeitsschutz- und Umweltverwaltung kaum eine andere Alternative, als ihr Aufgabenpensum quantitativ und vor allem auch qualitativ zu reduzieren. Dabei wird das Aufgabenpensum nicht "offiziell" reduziert. Vielmehr stellt sich der Aufgabenabbau als indirekte, wissend in Kauf genommene Folge einer verschlechterten Ressourcenausstattung dar. Als unvermeidbare Folge werden Prioritäten neu gesetzt und dabei auch Aktivitäten zurückgefahren oder vernachlässigt. Aufgaben werden nicht oder in verminderter Qualität erfüllt. Der Vollzug rechtlicher Vorgaben leidet immer mehr – der Wille des Gesetzgebers wird unterlaufen.

Die Aufsichtsbehörden müssen wieder besser personell und materiell ausgestattet werden, damit Vollzugsdefizite abgebaut werden können. Die Einhaltung des Arbeitsschutz- und des Umweltrechtes sowie die Lenkungswirkung von marktwirtschaftlichen Instrumenten müssen überwacht und kontrolliert werden. Nur dann können soziale und ökologische Zukunftsinvestitionen getätigt werden, um umwelt- und gesundheitsverträgliche sowie energie- und ressourceneffiziente Produktionsverfahren und Produkte zu gewährleisten und damit auch mehr Arbeitsplätze zu schaffen.